

Offener Brief an die politischen Entscheidungsträger*innen der Bundesstadt Bonn

Inklusion ist keine freiwillige Leistung – sie ist ein Menschenrecht

Sehr geehrte Mitglieder des Rates der Bundesstadt Bonn,

sehr geehrter Oberbürgermeister,

sehr geehrte Vertreter*innen der Verwaltung und der politischen Fraktionen,

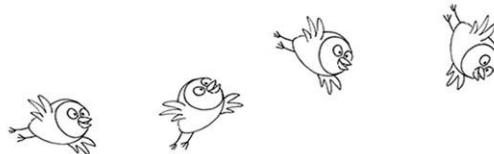
wir wenden uns heute als Netzwerk **„Forum Inklusion lebendig machen“** an Sie. Das Forum ist ein Zusammenschluss von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Fachkräften, Initiativen und Vereinen, die sich seit 2017 gemeinsam für eine inklusive Kinder- und Jugendarbeit in Bonn einsetzen.

Mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen Diskussionen um den städtischen Haushalt. Uns ist bewusst, dass die finanzielle Lage der Bundesstadt Bonn schwierig ist und politische Entscheidungen unter hohem Druck getroffen werden müssen. Gerade in solchen Zeiten zeigt sich jedoch, welche Werte eine Stadt wirklich tragen.

Die angekündigten oder befürchteten Kürzungen im sozialen Bereich treffen nicht abstrakte Strukturen, sondern konkrete Menschen. Sie gefährden Unterstützungsangebote, Begegnungsräume, Beratungsstrukturen, Teilhabeprojekte, kulturelle und sportliche Angebote sowie Maßnahmen zur Barrierefreiheit. Für viele Kinder und Jugendliche bedeuten diese Angebote nicht „Zusatz“, sondern die Voraussetzung dafür, überhaupt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Deutschland hat sich mit der **UN-Behindertenrechtskonvention** verpflichtet, Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten. Diese Verpflichtung gilt auch auf kommunaler Ebene. Inklusion darf deshalb nicht als freiwillige Leistung betrachtet werden, die in Zeiten knapper Kassen zuerst zur Disposition steht. Sie ist ein Menschenrecht.

Bonn hat in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen, um mehr Teilhabe zu ermöglichen: mehr Bewusstsein für Barrierefreiheit, stärkere Beteiligung von Menschen mit Behinderungen, inklusive Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote. Diese Fortschritte sind das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen von Politik, Verwaltung und einer lebendigen



Zivilgesellschaft. Sie jetzt zurückzufahren, würde nicht nur Projekte gefährden, sondern Vertrauen zerstören und Kinder und Jugendliche erneut ausgrenzen.

Wir bitten Sie daher eindringlich:

- **Schützen Sie bestehende inklusive Angebote vor unverhältnismäßigen Kürzungen.**
- **Setzen Sie Prioritäten zugunsten von Teilhabe, Barrierefreiheit und sozialer Infrastruktur.**
- **Beteiligen Sie Menschen mit Behinderungen und ihre Interessenvertretungen frühzeitig und verbindlich an allen Entscheidungen, die ihre Lebensrealität betreffen.**
- **Entwickeln Sie gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Fachpraxis tragfähige Lösungen, statt kurzfristige Einsparungen mit langfristigen gesellschaftlichen Folgekosten zu erkaufen.**

Inklusion kostet Geld – Ausgrenzung kostet mehr. Wenn Menschen aufgrund fehlender Unterstützung, mangelnder Barrierefreiheit oder wegfallender Angebote nicht mehr selbstbestimmt leben, lernen, arbeiten oder sich engagieren können, entstehen langfristig höhere soziale und wirtschaftliche Kosten. Vor allem aber verliert unsere Stadt an Menschlichkeit, Vielfalt und Zusammenhalt.

Wir wünschen uns ein Bonn, das auch in schwierigen Zeiten Haltung zeigt: eine Stadt, die niemanden zurücklässt, die Vielfalt nicht als Belastung, sondern als Stärke begreift und die den Mut hat, soziale Gerechtigkeit als Zukunftsinvestition zu verstehen.

Das *Forum Inklusion lebendig machen* steht bereit, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen zu gestalten.

Mit Nachdruck und in der Hoffnung auf einen konstruktiven Dialog

Für das **Forum Inklusion lebendig machen** - Netzwerk zur Stärkung inklusiver Kinder- und Jugendarbeit in Bonn

Bonn, Juli 2026

(Ruth Dobrindt, Projektleitung Forum Inklusion lebendig machen, Kontakt: mail@inklusion-lebendig-machen.de)